

Vfg.:

Ho/Fest/Ko

Reg.100TageReg.

**Erklärung
des Ministerpräsidenten
aus Anlaß der Pressekonferenz "100 Tage Regierung de Maizière"
am 20. Juli 1990**

Heute ist die erste frei gewählte, demokratische Regierung der DDR 100 Tage im Amt.

Diese 100 Tage freiheitlicher Demokratie stehen gegen rund 15.000 Tage der Diktatur.

Dieses Verhältnis von Zeiträumen macht einiges deutlich.

Wir empfinden immer noch große Genugtuung darüber, daß

- der Wille zur Freiheit die Diktatur,
 - das Recht auf Freizügigkeit Mauer und Stacheldraht,
 - die freie Meinung die Zensur,
 - das rechtsstaatliche Denken die Willkür,
 - die freie und unerzwungene Lebensform das feingesponnene Netz der Staatssicherheit beseitigt hat.
- Unsere Probleme von heute sind auch groß, aber es sind andere. Und sie sind leichter als die, mit denen wir es 40 Jahre lang zu tun hatten.

Zu den Höhepunkten der ersten 100 Tage gehört ein Ereignis, an dem wir zwar nicht unmittelbar beteiligt waren, das wir aber mittelbar mit vorbereitet haben, zum Beispiel bei meinen Besuchen in Moskau: Ich meine die Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow vom 16. Juli.

...

Es ist ja nicht nur der "Durchbruch" in entscheidenden Fragen gelungen. Es scheint vielmehr zum erstenmal möglich, aus Konfliktlagen Kooperationsperspektiven zu machen. Es geht nicht mehr um ein Gegen-einander in Europa, sondern um ein Miteinander. Mißtrauen steht nicht mehr gegen Mißtrauen, sondern Vertrauen gegen Vertrauen. Meine Erklärung vor der Volkskammer zur Außenpolitik am 5. Juli 1990 habe ich unter diesen Geist der Gemeinsamkeit gestellt.

Europa hat nunmehr die einmalige Chance, das Trennende endgültig zu überwinden, das in der Vergangenheit so viel Leid, Blut und Tränen verursacht hat.

Die großen europäischen Ost/West-Verbindungslinien von Moskau nach Paris, von London nach Budapest, von Prag nach Kopenhagen, von Brüssel nach Warschau und von Leningrad nach Madrid, die Berlin tangieren, sind nicht in der Mitte gekappt oder quälen sich nicht mehr durch einen Eisernen Vorhang hindurch, sondern können wieder voll funktionieren, für die Menschen, für den Handel, für den kulturellen Austausch und für vieles andere mehr.

An uns liegt es jetzt, diese einmalige Möglichkeit zu nutzen und das Erreichte nicht mit kleiner Elle zu vermessen, sondern die Größe der Chance zu erkennen.

Europa steht an einem neuen Anfang!

Dies alles täuscht uns nicht nicht darüber hinweg, daß wir in unserem Lande viele, sehr schwierige Probleme haben.

Dies wußten wir. Darauf sind wir eingestellt. Dem stellen wir uns.

Allen, denen die Übergangsphase nicht schnell genug geht, sei gesagt: Das Erbe, das wir antreten mußten, ist schlimmer, als wir alle vermutet haben. Deshalb geht der Übergang nur Schritt für Schritt. Unter uns gab es Weltmeister der getürkten Bilanzen und der vorgetäuschten Erfolgskurven. Was nach unten wies, wurde gegen die Wirklichkeit nach oben interpretiert, zur Täuschung aller. Das ist leider die Wahrheit.

...

Denjenigen aber, denen alles zu schnell geht, sei gesagt: Wir haben keine Zeit zu verschenken. Wir können die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur mit einer gewaltigen Kraftanstrengung verhindern. Das bedeutet vorübergehende Belastungen verschiedenster Art. Wer jetzt eine zögerliche Politik macht, schafft mehr Risiken und verpaßt damit Chancen.

Gestatten Sie mir, daß ich kurz zu 5 Themen Stellung nehme, die mir nach 100 Tagen Regierung besonders wichtig scheinen:

1. Die Landwirtschaft

Der Anpassungsprozeß an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen ist für fast alle Wirtschaftszweige schwierig, besonders für die Landwirtschaft, weil sie Produkte herstellt, die in überwiegendem Maße dem schnellen Verderb anheimfallen. Die Produkte der Landwirtschaft sind das Ergebnis eines biologischen Prozesses. Der ist nicht kurzfristig veränderbar. Was wächst, muß geerntet werden.

Hier müssen mittelfristige Lösungen besonders schnell gefunden werden. Ich will jetzt nicht die einzelnen Glieder der Kette Produktion-Großhandel-Handel-Verbraucher darstellen und erläutern, wo es meiner Meinung nach hakt. Vorgestern hatte ich die Vertreter der Landwirtschaft zu einem Gespräch über die Probleme zu mir gebeten, und wir haben alle Fragen offen diskutiert. Dabei wurde verabredet: schnelle Hilfe, schnelle Anpassung, schneller Strukturwandel. Wir führen die Landwirtschaft schrittweise an den EG-Agrarmarkt heran. Mit der de-facto-Zollunion ab 1. August 1990 gibt es neue Chancen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Die Sicherung der Liquidität und die Erarbeitung von Sanierungskonzepten helfen unserer Landwirtschaft. Unsere Beschlüsse für Fleisch, Milch und Getreide sorgen für Absatzmöglichkeiten und tragen zur Überwindung der Krise bei. Intensive Beratung vor Ort wird den landwirtschaftlichen Betrieben helfen. Ich bin sicher, daß wir das Problem bald im Griff haben.

...

2. Der Handel

Die Probleme, die den Handel betreffen, sind kurzfristig lösbar. Denn es fehlt ja nicht an Ware, was schwierig wäre. Es fehlt an Flexibilität und an der erforderlichen Logistik.

Ich frage allerdings: Wo ist unsere Flexibilität geblieben, mit der wir jahrzehntelang den Mangel ausgetrickst haben. Es kann und darf einfach nicht sein, daß der Mangel leichter zu verwalten war als der Überfluß zu verwalten ist.

Die Erkenntnisse der ersten drei Wochen nach der Währungsunion ist: Der Produzent muß marktgerechter anbieten, der Handel bedarfsgerechter ordern und der Verbraucher sollte Ware nicht mehr nur in Empfang nehmen und froh sein, daß er etwas bekommt, sondern er muß mit seiner harten Währung das Marktgeschehen zu seinen Gunsten beeinflussen. Dabei ist Ware aus der DDR manchmal nicht ganz so schön verpackt wie entsprechende Ware aus der Bundesrepublik, aber sie ist oft genauso gut.

Ein Kühlschrank, preiswert und formschön, ist etwas Wunderbares. Nur - man braucht nicht täglich einen neuen Kühlschrank, sondern frisches Brot. Und man braucht nicht jeden Tag eine Flasche Haarshampoo, aber frische Milch.

Es darf einfach nicht wahr sein, daß Milch weggegossen wird, die anderswo verlangt wird. Dies ist nicht ein Zeichen von Mangel, sondern von mangelnder Phantasie.

Ich bin allerdings sicher, daß diese Kinderkrankheiten der ersten Wochen bald aufhören.

...

3. Arbeitsplätze und Streik

Es ist falsch, wenn immer wieder behauptet wird, es hätte früher keine Arbeitslosigkeit gegeben. Es gab sie natürlich, aber sie wurde geschickt versteckt. Jeder von uns kennt die großen Wasserköpfe im Verwaltungsbereich in den Betrieben, die große Probleme bei den notwendigen Anpassungen aufwerfen.

Nur: Arbeitslosigkeit ist heutzutage nicht das Ende einer beruflichen Laufbahn, sondern der Übergang in einen neuen Arbeitsprozeß. Das Arbeitsförderungsgesetz schafft dafür auch bei uns die notwendigen Voraussetzungen. Anfang dieser Woche wurde die erste private Gesellschaft für die Qualifizierung von Werktätigen in Berlin-Ost gegründet, in der jährlich 1000 Mitarbeiter aus dem Energieanlagenbau qualifiziert werden können. Solche Qualifizierungseinrichtungen werden verstärkt gefördert. Für Umschulungen stellt die Regierung 160 Mio. DM zur Verfügung. Es fehlt also nicht an Mitteln. Wo viel, sehr viel Arbeit wartet, darf es keine Arbeitslosigkeit geben. Und wir haben Arbeit in Hülle und Fülle.

Wenn es allein im Ostteil Berlins bis heute etwa 20.000 neue Gewerbeanmeldungen gibt, dann bedeutet allein dies viele neue Arbeitsplätze. Ich erwarte, daß es keine bürokratischen, marktfeindlichen Verhinderer gibt.

Wer glaubt, mit Streiks und hohen Tarifabschlüssen schnell eine "flotte Mark" machen zu können, der täuscht sich und andere. Ein Streik hat nur Sinn, wo es etwas zu erstreiken gibt. Zur Zeit sind fast alle Kassen leer. Wer gegen leere Kassen streikt, der drischt leeres Stroh. Ein Streik zur falschen Zeit mit unausgeglichene Tarifabschlüssen kann bedeuten, daß ein Betrieb in die Pleite geht. Wir sollten aber nicht die Schiffe versenken, mit denen wir in bessere Regionen segeln wollen.

Daß freie Gewerkschaften heute Profil zeigen möchten, ist verständlich, nachdem der FDGB nur der verlängerte Arm der SED in den Betrieben war. Aber die freien Gewerkschaften sollten ihre Daseinsberechtigung, die ich voll bejahe, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit überzogenen Forderungen unterstreichen, sondern mit Augenmaß.

...

Die Regierung wird auch in den nächsten 130 Tagen alles, wirklich alles tun, um den Arbeitsmarkt zu ordnen und die Wirtschaft zu stabilisieren.

4. Die Sozialunion

In meiner Regierungserklärung vom 19. April habe ich gesagt, daß unsere Sorge immer zuerst denen gelten muß, die aus Gründen, die sie selbst nicht zu verantworten haben, nicht am Wohlstand teilhaben können. Wir müssen diejenigen stützen, die zu den Schwachen der Gesellschaft gehören. In unserer Gesellschaftsordnung muß sich der Stärkste, nämlich der Staat, zum Anwalt der Schwächeren machen.

Dies haben wir mit der Sozialunion im Staatsvertrag in die Wege geleitet.

Ich kann im Rahmen dieser Pressekonferenz nicht alle sozialen Maßnahmen nennen. Nur auf eins möchte ich hinweisen: Die Rente ist für viele höher als im Sozialismus. Vor allem aber wird sie dynamisch wachsen, was heißt, sie hängt nicht mehr von der Willkür irgendwelcher Verwaltungsangestellter oder von Parteifunktionären ab, sondern von der steigenden Wirtschaftskraft. Die soziale Sicherung in der Bundesrepublik, die bei uns jetzt gilt bzw. bald gelten wird, fängt soziale Ungerechtigkeit am besten ab.

Eine der wichtigsten Sozialmaßnahmen ist die Verhinderung einer inflationären Entwicklung. Die Inflation trifft die Rentner und die Menschen mit den kleinen Sparbüchern am härtesten. Deswegen gilt unsere ganze Aufmerksamkeit der Geldwert-Stabilität unserer neuen Währung.

...

5. Der Umweltschutz

Die Regierung hat in den ersten 100 Tagen im Umweltschutz wichtige Entscheidungen getroffen. Der real existierende Sozialismus hat auf diesem lebenswichtigen Gebiet ganz besonders real vernichtend gesündigt, zum Schaden der Natur, der Menschen, der Zukunft. Es wird viele Jahre dauern, um die Schadensfolgen zu beseitigen.

Um dies zu beschleunigen und endlich Umweltvorsorge zu verwirklichen, haben wir mit der Bundesregierung eine Umweltunion vereinbart. Das Umweltrahmengesetz der DDR gewährleistet für Neuanlagen die hohen Sicherheits- und Umweltschutzbestimmungen, die in der Bundesrepublik gelten. Damit ist sichergestellt, daß die DDR nicht länger ein Umweltbilligland für in- und ausländische Investoren ist. Dieses Umweltrahmengesetz sorgt für Umweltinvestitionen und sichert Arbeitsplätze.

Wir haben in den ersten 100 Tagen viele Maßnahmen eingeleitet. So wird es innerhalb eines Jahres 15 % weniger Schadstoffemissionen geben. Auch wenn an diesem Ergebnis manche Abschaltungen die Ursache sind, so gilt es doch auch, deren Folgen aufzufangen. Es ist das erstmal seit Bestehen der DDR, daß der Schadstoffausstoß zurückgeht. Wir werden in gleichem Tempo weitermachen, um die schlimmsten Folgen zu beseitigen. Denn es geht darum, so schnell wie möglich und so wirksam wie möglich die Natur und damit die Menschen von den Umweltgiften zu entlasten.

Ich will im Rahmen dieser Pressekonferenz nicht alles aufzählen, was wir an Initiativen und Gesetzen auf den Weg gebracht haben. Übermorgen werden wir in einer Sondersitzung der Volkskammer zum Beispiel die Wiederherstellung der Länder beschließen. Eine besonders wichtige Initiative. Wir haben die kommunalen Strukturen verbessert und die Dezentralisierung der Macht in die Wege geleitet. Der beste Weg übrigens, um dem Machtmißbrauch entgegenzuwirken. Sie haben als aufmerksame Chronisten dieser aufregenden Zeit die täglichen Ergebnisse der Regierungsarbeit beobachtet und beschrieben. Ich kann darauf Bezug nehmen.

...

Die ersten 100 Tage einer Regierungszeit sind in der Regel 100 Tage Schonzeit. Auf einen solchen Vorzug konnte diese Regierung keinen Anspruch erheben. Das Parlament, das für sich selbst spricht, war sicher eines der fleißigsten der Welt. Für die Regierung, für die ich spreche, darf ich sagen: Wir standen dem Parlament bestimmt nicht nach.

Sicherlich: Es ist nicht alles optimal gelaufen. Manches hätte besser sein können. Anderes hätte auch schneller geregelt werden müssen. Wieder anderes konnten wir noch gar nicht in Angriff nehmen. Aber seien Sie sicher: Es geht Tag für Tag aufwärts. Wir werden, so wie in den ersten 100 Tagen, auch in den nächsten 130 Tagen, die dieser Regierung noch verbleiben, mit einem Berge, Problem-Berge versetzenden Willen unsere Arbeit fortführen.

Dabei geht es uns nicht um Macht und Mätzchen, sondern einzig und allein darum, den Übergang in das vereinigte Deutschland für alle so gut, so solide wie möglich zu gestalten.

Ich bin Anwalt, was heißen soll: Ich verstehe mich auch in meiner jetzigen Tätigkeit als Anwalt von 16 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der DDR. Ihre Probleme sind meine Probleme. Und wir werden sie lösen, soweit mir dies irgendwie möglich ist.